

CDU lässt hilfsbedürftige Bürger im Stich

Betr. Einsparungen der Stadt Menden

Auf dem Hintergrund der Parteispendingaffäre der letzten Wochen scheint sich nun auch in Menden ein Skandal anzubahnen.

Während in den oberen Etagen der CDU die Millionen verschoben werden, will dieselbe Partei hilfsbedürftige und in Not geratene Mitbürger im Stich lassen. Geht es nach den Vorstellungen der Verwaltung der Stadt Menden, so werden noch im Laufe dieses Jahres die Gelder für Mitarbeiter in wichtigen sozialen Bereichen wie Drogenberatung, Ehe- und Lebensberatung, psycho-soziale Beratung des SKF sowie „Wildwasser“ (Einsatz für mißhandelte Kinder) ersatzlos gestrichen.

Die Begründung lautet: „Diese Aufgaben können von anderen öffentlichen Stellen mit übernommen werden.“ Haben diese Mitarbeiter etwa jahrelang Däumchen gedreht? Sicher-

lich nicht! Die Konsequenz solch eines Ratsbeschlusses könnte also nur sein: Entweder die Hilfesuchenden bleiben auf sich allein gestellt, oder aber es müssten neue Mitarbeiter eingestellt werden, was wiederum die öffentliche Hand noch mehr Geld kostete, da die zurzeit bestehenden Arbeitsplätze teils zu 25 Prozent von der katholischen Kirche mitfinanziert werden.

Ist eine Zur-Show-Stellung Mendens wichtiger als intakte Familien? Können wir uns eine immer üppigere Weihnachtsbeleuchtung gönnen, wenn immer weniger Menschen sie mit freudigem Herzen genießen können? Müssen nicht erst alle anderen Sparmöglichkeiten ausgeschöpft sein, bevor wir die Hilfe für die Ärmsten so drastisch reduzieren? Soziale Prävention spart letztendlich viel Geld! Viele Mitbürger Mendens kennen vielleicht die genannten Beratungsstellen

gar nicht, weil sie — Gott sei Dank — nie mit derartigen Problemen konfrontiert waren. Dennoch nimmt die Zahl Hilfesuchender von Jahr zu Jahr zu. Können wir diese Menschen, nur weil sie keine Lobby haben, im Stich lassen? Ist es nicht beschämend, dass die genannten Mitarbeiter zum Ende eines Jahres immer wieder um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, während die politisch Verantwortlichen unserer Republik selbst ihr Gehalt festlegen können und zusätzlich von allen Seiten hofiert werden?

Die Politik muss endlich wieder den Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns stellen und nicht so sehr die Verwaltung und Verschiebung von Zahlen und Geldern.

A. Topp
Bismarckstraße 94
58708 Menden

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behalten wir uns vor.